

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMTA-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 670.027/1-V/4/89

An das Präsidium des
Nationalrates1017 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Z.	67 - GE 9 PP
Datum:	25. SEP. 1989
Verteilt	26. Sep. 1989

Sachbearbeiter
BerneggerKlappe/Dw
2426Ihre GZ/vom
L. Pöschner

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank und über die Leistung eines weiteren Beitrages zum Fonds für Sondergeschäfte

In der Anlage werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des Verfassungsdienstes zu dem im Gegenstand genannten Gesetzesentwurf übermittelt.

22. September 1989
Für den Bundesminister für
Gesundheit und öffentlicher Dienst:
i.V. KÖHLER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 670.027/1-V/4/89

An das
Bundesministerium für
Finanzen
Himmelpfortgasse 4-8

1015 W i e n

Sachbearbeiter
Bernegger

Klappe/Dw
2426

Ihre GZ/vom
00 0620/30-V/1/89
7. August 1989

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Zeichnung von
zusätzlichen Kapitalanteilen bei der
Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank und über die
Leistung eines weiteren Beitrages zum Fonds für
Sondergeschäfte

Der mit der oz. Note übermittelte Gesetzesentwurf gibt aus der
Sicht des Verfassungsdienstes nur zu folgender Bemerkung Anlaß:

Im letzten Absatz des Allgemeinen Teiles der Erläuterungen
sollte Art. II Abschn. 2 lit. e und Art. IV Abschn. 3 lit. g iVm
Art. II Abschn. 3 lit. b des Übereinkommens zur Errichtung der
Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 174/1977,
zitiert werden; darüber hinaus wird angeregt, die sprachliche
Fassung insoweit zu modifizieren, daß zum Ausdruck kommt, daß
die Beschlußfassung des Gesetzgebers nicht "zusätzlich" zu
bestimmten Artikeln des Abkommens erfolgt, sondern "auch
angesichts der in den Art. bereits vorgesehenen
Möglichkeit der Erhöhung des ordentlichen Stammkapitals und
Möglichkeit der Zeichnung durch die Mitglieder erfolgen" soll.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme ergehen an das Präsidium
des Nationalrates.

22. September 1989
Für den Bundesminister für
Gesundheit und öffentlicher Dienst:
i.V. KÖHLER

F.d.R.d.A.:
Guad